

Riedweg-Projekt: Stadtseniorenrat fordert barrierefreie Wohnungen

Der Vorsitzende des Rats meldet sich auch mit Kritik am Vorgehen der Aulendorfer Bürgerinitiative zu Wort

AULENDORF (pau/sz) - Das geplante Bauprojekt für Sozialwohnungen im Riedweg sowie die darum sich entwickelnde Debatte hat auch Franz Erwin Kemper, Vorsitzender des Aulendorfer Stadtseniorenrats und Behindertenbeauftragter der Stadt, auf den Plan gerufen. Er übt Kritik am Vorgehen der Bürgerinitiative Riedweg und verwehrt sich gegen deren Vereinnahmung des Begriffs „Solidarische Gemeinde“.

Aulendorf, so schreibt Kemper in einer Stellungnahme, hat seit Jahrzehnten das erste Sozialwohnungsbau-Projekt, am Riedweg, mit Zufahrt von der Steinenbacher Straße beschlossen. „Und schon versucht eine Bürgerinitiative, dies zu ver- oder zu behindern“, kritisiert er und schlägt vor, sich bei der Meinungsbildung mit folgenden Fragen „mit klar absteigender Wichtigkeit“ zu befassen: „Ist die vom Gemeinderat am 14. Dezember 2020 beschlossene Lösung eine Verbesserung gegenüber jetzt, und in welcher Hinsicht nicht? Hilft das beschlossene Projekt den 150 Menschen, die dort einziehen könnten, oder haben sie durch die Bürgerinitiativ-Forderung eine bessere Alternative? Ist sie technisch und finanziell realistisch beziehungsweise jetzt umsetzbar? Schädigt sie die Umwelt mehr als jetzt? Gefällt sie den bisherigen Anwohnern in diesem Quartier?“

Letztere sieht Kemper als „für die Mehrheit der Aulendorfer unwichtigste Frage“ an. Die Bürgerinitiative verortet Kemper bei dieser Frage, sie vertritt seiner Auffassung nach „eine Minderheit von wenigen umliegenden Familien, die plötzlich den Begriff 'Solidarische Gemeinschaft' kapern: Sie wollen, dass die Aulendorfer Mehrheit solidarisch mit dieser Minderheit ist. Wir, die wir das Kreisprojekt „Solidarische Gemeinde“ forcieren, verwahren uns gegen diese Vereinnahmung des „Solidarischen“ durch diese Bremser, denn solidarisch mit jenen 150 Wohnungssuchenden verhalten sie sich nicht.“

Zum Riedweg-Projekt hat Kemper eine klare Meinung: Speziell dieses Areal biete barrierearmen Zugang zur Oberstadt binnen fünf Gehminuten und über zwei behindertengerechte Fußgängerampeln. „Deshalb müssen die Wohnungen im Parterre barrierefrei gestaltet werden, um sie auch geh- und mobilitätsbehinderten Aulendorfern wie Senioren zugänglich zu machen. Die Stadt mag dies vertraglich mit dem Bauträger vereinbaren“, fordert der Vorsitzende des Stadtseniorenrats und Behindertenbeauftragte. Die Gefahr eines „sozialen Brennpunkts“ sieht Kemper mit Blick auf die hohen Einkommensgrenzen bei Wohnberechtigungsscheinen nicht.